

Betreff Berliner Straße Nebenfahrbahn - Verbesserung Verkehrsverhältnisse

Dezernat/e V/66

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

Erforderliche Stellungnahmen

- Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
- Kämmerei
- Frauenbeauftragte nach HGIG
- Frauenbeauftragte nach HGO
- Sonstiges

- Rechtsamt
- Umweltamt: Umweltprüfung
- Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

- Kommission
- Ausländerbeirat
- Kulturbeirat
- Ortsbeirat
- Seniorenbeirat

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

- nicht erforderlich erforderlich
- nicht erforderlich erforderlich
- nicht erforderlich erforderlich
- nicht erforderlich erforderlich
- nicht erforderlich erforderlich

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenversammlung

nicht erforderlich erforderlich

öffentlich nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

- Anlage 1 - 2022_Lageplan_BerlinerStraße
- Anlage 2 - Kostenschätzung des Tiefbau- und Vermessungsamtes
- Anlage 3 - Stellungnahme_Straßenverkehrsbehörde

Anlagen nichtöffentlich

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Das Tiefbau- und Vermessungsamt beabsichtigt die Nebenfahrbahn der Berliner Straße von der Haupt- richtung zu trennen und somit das Rechtsabbiegen in die New-York-Straße zu vereinfachen.

C Beschlussvorschlag

1. Dem Vorhaben zur Abtrennung der Nebenfahrbahn und Aktualisierung der Radverkehrsanlagen wird zugestimmt.
2. Die Kostenschätzung vom 31.10.2022, als Anlage zur Sitzungsvorlage, abschließend mit 200.000 €, wird genehmigt.
3. Die erforderlichen Mittel stehen im Haushalt 2022 bei der Kostenstelle 15000181 „66 Gemeindestraßen WI“ in Höhe von 107.606,09 € und bei der Kostenstelle 1300372 „66 Bodenordnung WI“ (Mehreinnahmen) in Höhe von 92.393,91 € zur Verfügung und werden grundsätzlich genehmigt. Die Durchführung der Maßnahme erfolgt beim PSP-Element 3.66.0030.015 (Kostenstelle 15000181 „66 Gemeindestraßen WI“).

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Änderung der Fahrbeziehungen

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

Derzeit kann aus der Abraham-Lincoln-Straße sowohl über den zweiten Ring als auch in Fahrtrichtung Innenstadt auf die Berliner Straße eingefahren werden. Die Planung sieht vor, die Abraham-Lincoln-Straße in Fahrtrichtung New-York-Straße nur noch direkt an die Nebenfahrbahn der Berliner Straße anzubinden. Dadurch werden Umgehungsfahrten der Busschleuse vermieden, der Verkehr in der Abraham-Lincoln-Straße verringert und die Abbiegebeziehung Berliner Straße - New York-Straße über die Abraham-Lincoln-Straße vereinfacht. Dazu werden die Fahrstreifen auf der Berliner Straße neu aufgeteilt und die Fahrtrichtungen durch Trennelemente separiert. Dem Linienbusverkehr wird eine Möglichkeit geschaffen, über einen neuen Busspurabschnitt die Haltestelle „Berliner Straße“ anzufahren. Die vorhandenen Radverkehrsanlagen werden ergänzt um die Verkehrsarten zu separieren und ein ungehindertes Abbiegen für Kfz-Verkehre zu ermöglichen. Durch Freigabe des Gehwegs wird dem Radverkehr zusätzlich die Möglichkeit gegeben über den nördlichen Gehweg Richtung Abraham-Lincoln-Straße zu fahren und die Konfliktpunkte Fahrtrichtung Süden deutlich minimiert

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

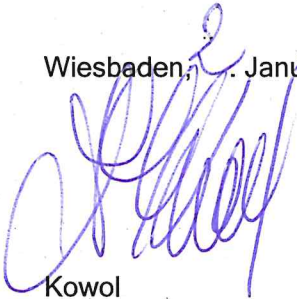
IV. Öffentlichkeitsarbeit | Bürgerbeteiligung

(Hier sind Informationen über Bürgerbeteiligungen in Projekten einzufügen)

Über die Umsetzung der Baumaßnahme wird eine Pressemitteilung erstellt.

Bestätigung der Dezernent*innen

Wiesbaden, 2. Januar 2023



Kowol
Stadtrat